

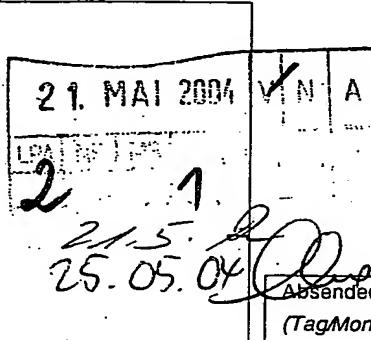
VERTRAG ÜBER DIE INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM  
GEBIET DES PATENTWESES

II 015593-6

Absender: MIT DER INTERNATIONALEN VORLÄUFIGEN  
PRÜFUNG BEAUFTRAGTE BEHÖRDE

An:

E. BLUM & CO  
Vorderberg 11  
CH-8044 Zürich  
SUISSE



PCT

SCHRIFTLICHER BESCHEID

(Regel 66 PCT)

Absendedatum  
(TagMonatJahr)

18.05.2004

Aktenzeichen des Anmelders oder Anwalts 07045PC1	ANTWORT FÄLLIG	innerhalb von 3 Monat(en) ab obigem Absendedatum
Internationales Aktenzeichen PCT/IB 03/03562	Internationales Anmeldedatum (TagMonatJahr) 08.08.2003	Prioritätsdatum (TagMonatJahr) 14.08.2002
Internationale Patentklassifikation (IPK) oder nationale Klassifikation und IPK B65D17/00		
Anmelder FIRESTAR AG et al.		

1. Dieser Bescheid ist der **erste schriftliche Bescheid** der mit der internationalen vorläufigen Prüfung beauftragten Behörde.
2. Dieser Bescheid enthält Angaben zu folgenden Punkten:
  - I  Grundlage des Bescheids
  - II  Priorität
  - III  Keine Erstellung eines Gutachtens über Neuheit, erforderliche Tätigkeit und gewerbliche Anwendbarkeit
  - IV  Mangelnde Einheitlichkeit der Erfindung
  - V  Begründete Feststellung nach Regel 66.2 a)ii) hinsichtlich der Neuheit, der erforderlichen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung
  - VI  Bestimmte angeführte Unterlagen
  - VII  Bestimmte Mängel der internationalen Anmeldung
  - VIII  Bestimmte Bemerkungen zur internationalen Anmeldung
3. Der Anmelder wird **aufgefordert, zu diesem Bescheid Stellung zu nehmen.**

**Wann?** Siehe oben genannte Frist. Der Anmelder kann vor Ablauf dieser Frist bei der Behörde eine Verlängerung beantragen, siehe Regel 66.2 d.

**Wie?** Durch Einreichung einer schriftlichen Stellungnahme und gegebenenfalls von Änderungen nach Regel 66.3. Zu Form und Sprache der Änderungen, siehe Regeln 66.8 und 66.9.

**Dazu:** Hinsichtlich einer zusätzlichen Möglichkeit zur Einreichung von Änderungen, siehe Regel 66.4. Hinsichtlich der Verpflichtung des Prüfers, Änderungen und/oder Gegenvorstellungen zu berücksichtigen, siehe Regel 66.4 bis. Hinsichtlich einer formlosen Erörterung mit dem Prüfer, siehe Regel 66.6.

**Wird keine Stellungnahme eingereicht, so wird der internationale vorläufige Prüfungsbericht auf der Grundlage dieses Bescheides erstellt.**
4. Der Tag, an dem der internationale vorläufige Prüfungsbericht gemäß Regel 69.2 spätestens erstellt sein muß, ist der: 14.12.2004

Name und Postanschrift der mit der internationalen Prüfung beauftragten Behörde



Europäisches Patentamt  
D-80298 München  
Tel. +49 89 2399 - 0 Tx: 523656 epmu d  
Fax: +49 89 2399 - 4465

Bevollmächtigter Bediensteter

Rodriguez Gombau, F

Formalsachbearbeiter (einschl. Fristverlängerung)  
O'Sullivan, C  
Tel. +49 89 2399-8699



EXPRESS MAIL LABEL

NO.: EV 481672742 US

**I. Grundlage des Bescheids**

1. Hinsichtlich der **Bestandteile** der internationalen Anmeldung (*Ersatzblätter, die dem Anmeldeamt auf eine Aufforderung nach Artikel 14 hin vorgelegt wurden, gelten im Rahmen dieses Bescheids als "ursprünglich eingereicht"*):

**Beschreibung, Seiten**

1-20 in der ursprünglich eingereichten Fassung

**Ansprüche, Nr.**

1-28 in der ursprünglich eingereichten Fassung

**Zeichnungen, Blätter**

1/13-13/13 in der ursprünglich eingereichten Fassung

2. Hinsichtlich der **Sprache**: Alle vorstehend genannten Bestandteile standen der Behörde in der Sprache, in der die internationale Anmeldung eingereicht worden ist, zur Verfügung oder wurden in dieser eingereicht, sofern unter diesem Punkt nichts anderes angegeben ist.

Die Bestandteile standen der Behörde in der Sprache: zur Verfügung bzw. wurden in dieser Sprache eingereicht; dabei handelt es sich um

- die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen Recherche eingereicht worden ist (nach Regel 23.1(b)).
- die Veröffentlichungssprache der internationalen Anmeldung (nach Regel 48.3(b)).
- die Sprache der Übersetzung, die für die Zwecke der internationalen vorläufigen Prüfung eingereicht worden ist (nach Regel 55.2 und/oder 55.3).

3. Hinsichtlich der in der internationalen Anmeldung offenbarten **Nukleotid- und/oder Aminosäuresequenz** ist die internationale vorläufige Prüfung auf der Grundlage des Sequenzprotokolls durchgeführt worden, das:

- in der internationalen Anmeldung in schriftlicher Form enthalten ist.
- zusammen mit der internationalen Anmeldung in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- bei der Behörde nachträglich in schriftlicher Form eingereicht worden ist.
- bei der Behörde nachträglich in computerlesbarer Form eingereicht worden ist.
- Die Erklärung, daß das nachträglich eingereichte schriftliche Sequenzprotokoll nicht über den Offenbarungsgehalt der internationalen Anmeldung im Anmeldezeitpunkt hinausgeht, wurde vorgelegt.
- Die Erklärung, daß die in computerlesbarer Form erfassten Informationen dem schriftlichen Sequenzprotokoll entsprechen, wurde vorgelegt.

4. Aufgrund der Änderungen sind folgende Unterlagen fortgefallen:

- Beschreibung, Seiten:
- Ansprüche, Nr.:
- Zeichnungen, Blatt:

5.  Dieser Bescheid ist ohne Berücksichtigung (von einigen) der Änderungen erstellt worden, da diese aus den angegebenen Gründen nach Auffassung der Behörde über den Offenbarungsgehalt in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgehen (Regel 70.2(c)).

**6. Etwaige zusätzliche Bemerkungen:****V. Begründete Feststellung nach Regel 66.2(a)(ii) hinsichtlich der Neuheit, der erfinderischen Tätigkeit und der gewerblichen Anwendbarkeit; Unterlagen und Erklärungen zur Stützung dieser Feststellung****1. Feststellung**

Neuheit (N)	Ansprüche
Erfinderische Tätigkeit (IS)	Ansprüche 1-7,11-28
Gewerbliche Anwendbarkeit (IA)	Ansprüche

**2. Unterlagen und Erklärungen:**

**siehe Beiblatt**

**ZU PUNKT V**

1. Es wird auf die folgenden Dokumente verwiesen:

D1: CH690317 A

D2: FR2624104 A

D3: US3159303 A

Die Dokumente D1 und D2 wurden im internationalen Recherchenbericht nicht angegeben. Kopien der Dokumente liegen bei.

2. Das Dokument D1 wird als nächstliegender Stand der Technik gegenüber dem Gegenstand des Anspruchs 1 angesehen. Es offenbart (die Verweise in Klammern beziehen sich auf dieses Dokument):

"Brennmitteldose mit einem eine Brennmittelfüllung (Abbildung 1 Element 19) enthaltenden Dosenkörper (Abbildung 1 Element 18) und einem Verschlussdeckel (Spalte 2 Zeilen 26-28), welcher fest mit dem Dosenkörper (Abbildung 1 Element 18) verbunden ist, wobei der Verschlussdeckel (Spalte 2 Zeilen 26-28) derartig ausgestaltet ist, dass mindestens eine Öffnung im Verschlussdeckel durch vollständiges oder teilweises Ab- oder Heraustrennen eines oder mehrerer Deckelteilelemente erzeugbar ist (Spalte 2 Zeilen 26-28)".

Davon unterscheidet sich der Gegenstand des Anspruchs 1, dass die Brennmitteldose eine oder mehrere stoffschlüssige Solltrennstellen aufweist.

Diese Merkmale wurden jedoch schon für denselben Zweck bei einem ähnlichen Verschlussdeckel benutzt, vgl. dazu Dokument D3, insbesondere Spalte 2, Zeilen 28-63. Wenn der Fachmann den gleichen Zweck bei einem Verschlussdeckel gemäß dem Dokument D1 erreichen will, ist es ihm ohne weiteres möglich, die Merkmale mit entsprechender Wirkung auch beim Gegenstand von D1 anzuwenden. Auf diese Weise würde er ohne erforderliches Zutun zu einer Brennmitteldose gemäß dem Anspruch 1 gelangen. Der Gegenstand des Anspruchs 1 beruht daher nicht auf einer erforderlichen Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT).

2.1 Die abhängigen Ansprüche 2-7 und 11-25 enthalten keine Merkmale, die in Kombination mit den Merkmalen irgendeines Anspruchs, auf den sie sich beziehen, die Erfordernisse des PCT in bezug auf Neuheit bzw. erfinderische Tätigkeit erfüllen.

Die Merkmale der abhängigen Ansprüche 2-7 und 11-25 sind nur naheliegende Möglichkeiten, aus denen der Fachmann ohne erfinderisches Zutun den Umständen entsprechend auswählen würde, um die gestellte Aufgabe zu lösen.

3. Zusätzlich offenbart Dokument D2 (vgl. Seite 3 Zeilen 5-33) einen:

"Verschlussdeckel (Abbildung 2 Element 2) aus Siegelfolie, wobei die Siegelfolie eine Solltrennstelle (Abbildung 2 Element 4) und zusätzlich zur Siegelschicht mindestens zwei über eine dazwischenliegende Schicht (Abbildung 2 Element 7) miteinander verbundene Metallfolien (Abbildung 2 Elemente 8 und 6) aufweist, von denen eine erste entlang der Solltrennstelle geschwächt oder unterbrochen ist".

Davon unterscheidet sich der Gegenstand des Anspruchs 26 dadurch, dass die zwischenliegende Schicht aus Kunststoff gebildet ist.

Es ist dem Fachmann jedoch allgemein bekannt, daß das Merkmal Kunststoffschicht (insbesondere PE-Schicht) dem aus dem Dokument D2 bekannten Merkmal isolierende Schicht gleichwertig ist und gegen dieses im Bedarfsfall ausgetauscht werden kann. Der Gegenstand des Anspruchs 26 beruht daher nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT).

Der Anmelder wird außerdem darauf hingewiesen, dass die Formulierung "für eine Brennmitteldose..." keine Beschränkung ist.

4. Darüber hinaus offenbart Dokument D2 (vgl. Seite 3 Zeilen 5-33) eine:

"Siegelfolie (Abbildung 2 Element 2), wobei die Siegelfolie neben der Siegelschicht mindestens zwei über eine dazwischenliegende Schicht (Abbildung 2 Element 7) miteinander verbundene Metallfolien (Abbildung 2 Elemente 8 und 6) aufweist".

Davon unterscheidet sich der Gegenstand des Anspruchs 27, dass die zwischenliegende Schicht aus Kunststoff gebildet ist.

Es ist dem Fachmann jedoch allgemein bekannt, daß das Merkmal Kunststoffschicht (insbesondere PE-Schicht) dem aus dem Dokument D2 bekannten Merkmal isolierende Schicht gleichwertig ist und gegen dieses im Bedarfsfall ausgetauscht werden kann. Der Gegenstand des Anspruchs 27 beruht daher nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT).

Der Anmelder wird außerdem darauf hingewiesen, dass die Formulierung "für die Herstellung eines Verschlussdeckels" keine Beschränkung ist.

5. Der Gegenstand des Anspruchs 28 beruht ebenfalls nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit (Artikel 33(3) PCT). Siehe Punkt 2 dieses Bescheids und Dokument D1 (Spalte 2 Zeilen 21-28).

#### **WEITERE ANMERKUNGEN**

6. Die Erfindung könnte, in der Kombination von einer Brennmitteldose mit einem Verschlussdeckel gemäß Anspruchs 8 gesehen werden. Deshalb sollte die Anmeldung auf einen neuen unabhängigen Anspruch, der die Merkmale des Anspruchs 8 beinhaltet, beschränkt werden.
7. Die Ansprüche 26 und 27 sollen gelöscht werden um die erforderliche Einheitlichkeit der Erfindung (Regel 13.1 PCT) zu erfüllen.
8. Im Widerspruch zu den Erfordernissen der Regel 5.1 a) ii) PCT werden in der Beschreibung weder der in den Dokumenten D1 und D2 offenbare einschlägige Stand der Technik noch diese Dokumente angegeben.
9. Angaben, die zwar den Gegenstand der Erfindung betreffen (z. B. weitere Einzelheiten bezüglich der Vorteile der Erfindung oder der zu lösenden Aufgabe), aber keine Grundlage in den ursprünglichen Unterlagen haben, können nur im Antwortschreiben erwähnt, aber nicht in die Anmeldung aufgenommen werden (Artikel 34(2)b) PCT).
10. Um die Prüfung von geänderten Anmeldungsunterlagen im Hinblick auf Artikel

34(2) b) PCT zu erleichtern, wird der Anmelder gebeten, die durchgeführten Änderungen, unabhängig davon, ob es sich um Änderungen durch Hinzufügen, Ersetzen oder Streichen handelt, deutlich aufzuzeigen und anzugeben, auf welche Stellen in der ursprünglich eingereichten Anmeldung sich diese Änderungen stützen (siehe auch Regel 66.8 a) PCT).

Gegebenenfalls können diese Angaben in handschriftlicher Form auf Kopien der betreffenden Teile der ursprünglichen Anmeldung erfolgen.